



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/217 - 13.9.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21631-32

Fernschreiber 039890

✓ Ungebrochene Kraft der SPD	S.	1
Dänemark vor Neuwahlen	S.	3
Buchbesprechung: "Die Ehre des Soldaten"	S.	5
Entschliessung der Parteigremien und der Bundestagsfraktion		

## Die erste Lesung

(sp) Es hat nach dem 6. September viele wohlgemeinte Ratschläge an die SPD gegeben. Sie kamen meistens von Zeitungen und Persönlichkeiten, denen noch in der Nacht zum 7. September ob des unerwartet grossen Wahlsieges der Kanzlerpartei ernste Besorgnisse über die künftige und von Gefahren umwitterte Entwicklung in der Bundesrepublik und deren Auswirkungen in der Weltpolitik befielen. Es gibt in Deutschland eine Tradition der herrschenden Gewalt, eine Opposition nicht nur nicht zu tolerieren, sondern sie auch zu zertreten. Daran erinnerten sich wohl jene Stimmen, und aus der Unruhe ihres Gewissens überschütteten sie nun die SPD mit einer Fülle von Ratschlägen, was sie tun müsse, um die Gefahren einer drohenden Einparteienherrschaft der CDU/CSU zu verhindern. Hätte nur diese Einsicht schon vor den Wahlen Platz gegriffen - denn es gab nicht wenige von den nun so besorgten Zeitungen, die damals sich vor den Karren einer betäubenden Regierungspropaganda spannen liessen und in ihren Spalten den sozialdemokratischen Auffassungen wenig oder gar keinen Raum gaben.

Erste Lesung der Manöverkritik wurde die gemeinsame Beratung der leitenden Parteinstanzen und der neuen sozialdemokratischen Bundestagsfraktion genannt, die 10 Tage nach der Wahl in Bonn stattfand und der ersten Bestandsaufnahme der sich aus

aus dem Wahlergebnis für die SPD ergebenden Entschlüsse hinsichtlich ihrer Politik, ihrer Taktik und ihrer Position als einzige wirksame Partei der Opposition diene. Drei wesentliche Elemente schälten sich aus der mit Leidenschaft geführten Diskussion um den künftigen Weg der SPD heraus: die Führungsposition des ersten Vorsitzenden der Partei, Erich Ollenhauer; die Ablehnung aller hier und da geäußerten opportunistischen Neigungen, etwa von Grundsatfragen der Partei abzugehen; der ungebrochene Wille der Gesamtpartei, gerade jetzt und erst recht Wächter der Demokratie, der religiösen und kulturellen Toleranz und ständiger Antrieb zur freiheitlichen Entwicklung zu sein. Acht Millionen deutsche Männer und Frauen haben sich zur Sozialdemokratie bekannt, weil sie in ihr den Hort der Demokratie erblicken und in ihr die Kraft sehen, das deutsche Volk wieder zur nationalen Selbstachtung zurückzuführen. Das verpflichtet.

Der 6. September hat keines der deutschen Probleme gelöst. Es bleibt, wie es im Aktionsprogramm der SPD heisst, die Wiedervereinigung unseres gespaltenen und besetzten Landes mit friedlichen Mitteln das Hauptziel, und es bleibt die grosse Verpflichtung, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit zu gestalten.

Manches bittere und auch nicht immer gerechte Wort wurde gesprochen. Das ist nur natürlich. In der langen und wechselvollen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie hat es genug schmerzliche Niederlagen und glänzende Aufstiege gegeben. Immer fand die Sozialdemokratie aus sich heraus die Kraft und die geistige Beweglichkeit, sich ohne Preisgabe ihrer Ziele veränderten Situationen anzupassen. Auch diesmal wird das der Fall sein. Die SPD gehört, sagte einmal ein kluger Beobachter, zur neuen deutschen Geschichte, wie der Kölner Dom zur rheinischen Landschaft, ....

Die erste grosse Tagung der Partei nach den Wahlen war nur ein Anfang; weitere und umfassendere Diskussionen werden folgen. Sie werden den Grundstein legen für eine in allen Gliedern erneute Aktivität; sie sind von dem Bewusstsein getragen, alle Voraussetzungen für den Sieg von Morgen zu schaffen. Der 17. September war ein schöpferischer und lobendiger Auftakt dazu.

Dänemark vor den Wahlen

KRK, Kopenhagen

Zum ersten Male seit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung wird das dänische Volk am 22. September seinen Einkammer-Reichstag wählen. Die bürgerliche Minderheitsregierung, die das Verfassungswerk unter Dach brachte, ist noch immer am Ruder. Sie besteht aus der Bauern-Linken und den Konservativen, die zusammen nur 59 Mandate haben gegen die 61 der Sozialdemokraten. Aber die Wirtschafts- und Sozialpolitik dieser Minderheitsregierung fand die Unterstützung der Radikalen, einer bürgerlichen Oppositionsgruppe, die jedoch gegen die Aussenpolitik der Regierung und insbesondere gegen den Anschluss Dänemarks an den Atlantikpakt ist. Die Sozialdemokraten, welche die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung bekämpften, stützten hingegen deren Aussenpolitik. Durch diese wechselweise Unterstützung konnte die Minderheitsregierung sich behaupten.

Es ist unbestreitbar, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Erik Eriksens gewisse Erfolge aufzuweisen hat; insbesondere konnte die Zahlungsbilanz verbessert werden. Hingegen bestehen gegen die Kreditdrosselungen, die ein gewisses Risiko für den Beschäftigungsgrad bedeuten, von sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Seite schwere Bedenken. Auch sind die Sozialdemokraten von der bedingungslosen Bejahung des Atlantikpaktes in den letzten Monaten ein wenig abgerückt; sie bezeichnen die Bemannung dänischer Flugplätze mit Truppen der Verbündeten als gegenwärtig nicht wünschenswert. Dies bedeutet eine Annäherung an die Radikalen, von denen dennoch nicht feststeht, dass sie etwa gewillt sind, zusammen mit den Sozialdemokraten die kommende Regierung zu bilden.

Wahlen in Dänemark pflegen nicht mit politischen Erdbeben verbunden zu sein. Auch diesmal sind nicht sensationelle Verschiebungen zu erwarten. Um etwa eine sozialdemokratische Mehrheit zu ermöglichen, müsste die Partei Hedtofts ihre Stimmzahl so steigern, dass sie von den 175 Mandaten des neuen Einkammer-Reichstags (die Zahl der Mandate wurde vermehrt) 88 bekommen. Nach der Stimmzahl bei der letzten Wahl könnten die Sozialdemokraten jedoch nur auf 71 Mandate kommen. Aber wenn die gemeinsame Oppositions-

gruppe Sozialdemokraten - Radikale auch auch nur zwei Mandate mehr bekommt als sie unter Zugrundelegung der letzten Wahlziffern zu erwarten hätte, wäre die jetzige Koalition überflügelt. 25 000 Stimmen nach der Oppositionsseite reichen aus, um ein solches Ergebnis zu erwirken.

Dazu kommt, dass der ehemalige Staatsminister Knud Kristensen aus der Bauern-Linken ausgebrochen ist und eine neue bürgerliche Partei gebildet hat. Es ist anzunehmen, dass diese neue Partei das erforderliche Grundmandat für die Vertretung im Parlament erreichen wird. Das Auftreten dieser neuen bürgerlichen Partei ist das eigentlich Spannende bei den bevorstehenden Wahlen. Knud Kristensen wird zweifellos die reaktionären Elemente um sich versammeln können, die es in den verschiedenen bürgerlichen Parteien gibt.

Die Sozialdemokraten haben gute Ausgangspunkte und sind überzeugt, wieder leitende Regierungspartei zu werden.

+ + +

Auf in den Kampf - Europa!

h. Der Wahlausfall in der Bundesrepublik hat das belgische Blatt "Le Soir" veranlasst, ängstlich in NATO-Kreisen herumzuhören, wer denn nun - d.h. wenn erst Adenauer seine zwölf Divisionen zusammen hat - die drei belgischen Divisionen im Europaheer kommandieren wird. Zu seiner Erleichterung konnte das Blatt vernehmen, dass die zwei belgischen Divisionen, die der "Nordgruppe" zugeteilt sind, durch eine deutsche Division verstärkt werden, die damit unter belgisches Kommando gestellt werde. Dagegen sei es "unvermeidbar", dass die dritte belgische Europadivision, die zu der Kampfgruppe zwischen Elbe und Rhein gehört, mit zwei deutschen Divisionen zu einer Armee-gruppe zusammengefasst wird, die unter deutschem Kommando steht.

Die holländischen Truppen, erfährt das belgische Blatt, werden ebenfalls mit deutschen Divisionen aufgefüllt und zum mindesten ein Teil von ihnen wird einem deutschen General unterstellt sein, während der andere Teil mit seiner deutschen Verstärkung, zum mindesten in der NATO-Armee zwischen Bremen und Amsterdam, unter einem englischen General eingesetzt werden soll.

Vielleicht zum Trost teilt das Blatt seinen Lesern auch mit, dass die NATO-Pläne die Tiefenstaffelung vorsehen und "das Gros der deutschen Divisionen als erste Linie unmittelbar an der Grenze der russischen Okkupationszone in Deutschland eingesetzt wird..."

+ + +

"Die Ehre des Soldaten"

-gg- Zweimal ist in der Geschichte der Weimarer Republik der Name Ernst Buchrucker verzeichnet. Am 1. Oktober 1923 versuchten in Küstrin "Arbeitskommandos" (Schwarze Reichswehr) unter Führung des Majors Buchrucker die Stadt zu überrumpeln. Nach einem Feuergefecht mit Toten und Verwundeten wurde Buchrucker verhaftet und einige Wochen später zu zehnjähriger Festungshaft verurteilt, aus der ihn jedoch eine Amnestie bald befreite. 1930 berichteten die Zeitungen, dass mit dem "revolutionären Nationalsozialisten" Dr. Otto Strasser auch der Major a.D. Buchrucker wegen Hitlers Verbindung mit Hugenberg die NSDAP verlassen habe. Dieser vormalige Putschist und Schwarzfrontler legte jetzt ein Buch vor, "Die Ehre des Soldaten", erschienen bei Helmut Rauschenbusch in Stollhamm/Oldenburg, das ihn als einen zu christlich-konservativen Anschauungen Bekehrten erweist.

Es ist die bittere Betrachtung eines alten Offiziers, der eine lange Entwicklung kritisch Revue passieren lässt. Dabei ist ein lesenswertes Buch entstanden. Buchrucker redet nicht um die Dinge herum sein Standpunkt ist klar, seine Kritik herb, aber versöhnlich. Er bereichert die Diskussion um die Stellung des Soldaten in der Demokratie. Selbst wenn man seine Schlussfolgerungen als unangemessen ablehnen muss, bleibt die Darstellung aufschlussreich.

In gewisser Weise ist das Thema Soldatenehre natürlich heikel. Aber der Verfasser sagt gleich, dass die Soldatenehre selbstverständlich nichts anderes sei als die Ehre jedes beliebigen Menschen. In der Tatsache, dass der soldatische Ehrbegriff von den Zeiten Wilhelm II an verfallen sei, dass die Offiziere die Ehre vor Gott dem Ehrgeiz und einem trägen Konformismus geopfert haben, sieht Buchrucker die Ursache von Unglück und Katastrophen. Der Offizier sollte zuerst dem Gebot der Ehre gehorchen - auch gegen den Befehl, auch wenn es unklug und gefährlich sei. Buchrucker findet entschiedene Urteile gegen diejenigen militärischen Führer, die dem "Schurken Hitler" folgten, die den Aufbau einer Waffen-SS hinnahmen, den gemeinen Streich gegen den Generalobersten von Fritsch schluckten und endlich, bevor ein Gerichts-urteil ergangen war, ihre Kameraden vom 20. Juli aus dem Heer ausstießen. Schonungslos beurteilt er die Verfallserscheinungen des preussisch-deutschen Heeres, den vorherrschenden Ehrgeiz in der Reichswehr und die zersetzenden Tendenzen, die der Nationalsozialismus in die Wehrmacht getragen hat. Bezugnahmen auf Eid und Meutereiverbot gelten ihm nicht als Entschuldigungen für Unterlassungen und offene Verletzungen der Ehrenpflicht, "die für Vaterland und Menschheit verhängnisvoll geworden sind und unter Hitler das Offizierkorps in eine furchtbare Lage gebracht haben".

Buchrucker macht dann eine Reihe von konkreten Vorschlägen über die Auswahl von Offizieren für eine neue deutsche Armee - darauf braucht man hier im einzelnen nicht einzugehen. Aber die Sehnsucht nach einer Wiederherstellung echter Werte, die aus der Schrift Buchruckers spricht der man mit Sympathie begegnen kann, wie sich auch einmal Arbeiter und Offiziere im Kampf gegen Hitler begegnet sind, kann nicht mit einer Flucht in die Vergangenheit erfüllt werden. Die Geschichte geht nicht rückwärts und zerrissene Traditionen lassen sich erfahrungsgemäss nicht wieder aufnehmen.

## Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Zu den nächsten Aufgaben, die der Sozialdemokratie aus der durch den Wahlausgang geschaffenen politischen Lage erwachsen, nahmen Vorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei in gemeinsamer Tagung mit der neugewählten Bundestagsfraktion am 17. September 1953 in Bonn wie folgt Stellung:

Mit dem Dank an alle Wähler, die am 6. September der Sozialdemokratie ihre Stimme gegeben haben, verbindet die Tagung die Erklärung, dass die Sozialdemokratische Partei die Vertrauensbasis von über 8 Millionen Wählern als wesentlichen staatspolitischen Faktor für die nächste Entwicklung der Bundesrepublik betrachtet.

Auch für die Zukunft bleiben bis zu ihrer Verwirklichung die drei Hauptpunkte des Wahlprogramms der SPD unverändert wahr und richtig: 1/ der unabdingbare Vorrang der Wiedervereinigung unseres gespaltenen Landes mit friedlichen Mitteln in Freiheit, 2/ die Eingliederung eines freien und demokratischen Deutschland in die Gemeinschaft der freien Völker auf der Basis der Gleichberechtigung und 3/ die Durchsetzung einer besseren demokratischen und sozialen Ordnung in Deutschland.

Die Sozialdemokratie bekennt sich zur Freiheit des Geistes und der Kultur und zur religiösen Toleranz. Sie wird mit Nachdruck alle Versuche zur Untergrabung oder Einengung der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten bekämpfen. Sie wendet sich entschieden gegen die im Widerspruch zum Grundgesetz in Gang gesetzten Gleichschaltungsbestrebungen massgebender CDU-Kräfte gegenüber Länderregierungen, freien Organisationen und Einrichtungen.

Die Demokratie im Bunde, den Ländern, Gemeinden und freien Organisationen ist lebensnotwendig für die Bundesrepublik. Die Demokratie darf nicht zur blossen Fassade herabgewürdigt werden, wenn die Bundesrepublik instandgesetzt werden soll, ihre Aufgaben im Ringen um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und um den sozial gerechten Ausgleich in der Überwindung der Kriegs- und Nachkriegslasten zu erfüllen.

Die Körperschaften der Partei werden in weiterer gründlicher Prüfung und Erörterung des Wahlergebnisses den Ausbau der Partei und ihrer Arbeit fördern.

Die Sozialdemokratie wird mit allen Kräften für die Erfüllung des ihr von den Wählern gegebenen Auftrags wirken. Sie geht mit Zuversicht in den Erfolg ihrer Bemühungen an die neue Arbeit.

Bonn, den 18. September 1953